

Regel und Ausnahme: Die Dialektik der Toleranz

von Manfred Kleine-Hartlage - 25.05.2011

Zu den Begriffen, deren systematische Umdeutung das bevorzugte Mittel linker Gesellschaftsklempner darstellt, gehört nicht zuletzt der der "Toleranz", der in ihrem Munde ungefähr das Gegenteil seiner traditionellen Bedeutung hat. Bereits begrifflich setzt "Toleranz" ja voraus, dass es etwas zu tolerieren gibt; er setzt eine Abweichung von der Regel voraus, und das heißt: Er setzt eine Regel voraus.

Es hat seine Logik und seine Notwendigkeit, dass Soldaten in der Regel Männer und nur im Ausnahmefall Frauen sind, dass Familien in der Regel aus einem Ehepaar mit dessen leiblichen Kindern bestehen und nur im Ausnahmefall unvollständige oder Patchworkfamilien sind, dass Menschen in der Regel heterosexuell und nur im Ausnahmefall homosexuell sind, dass die Angehörigen eines Volkes in der Regel die Nachkommen derer sind, die schon vor hundert Jahren dazugehörten und nur im Ausnahmefall Einwanderer, dass Europäer in der Regel Weiße und nur im Ausnahmefall Schwarze sind, dass Menschen sich in der Regel von eigener Arbeit ernähren und nur im Ausnahmefall den Sozialstaat in Anspruch nehmen, dass Bürger europäischer Demokratien sich in der Regel am Christentum (und wäre es ein verwässertes) und nur im Ausnahmefall am Islam orientieren, dass Recht in der Regel vor Gnade und nur im Ausnahmefall Gnade vor Recht ergeht.

Toleranz besteht darin, die Ausnahmen zu akzeptieren, nicht aber darin, die Regeln abzuschaffen!
Um dies an einigen Beispielen zu konkretisieren:

Eine Patchworkfamilie *kann* im *Einzelfall* ebenso gut funktionieren wie eine Regelfamilie, aber sie hat von vornherein die schlechteren Chancen: Erstens, weil genetische Verwandtschaft die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass Eltern und Kinder einander wesensähnlich sind, was das gegenseitige Verständnis unter Umständen erheblich erleichtert, zweitens weil Patchworkfamilien durch einen *Willensakt* zustande gekommen sind und daher nicht als naturwüchsige Selbstverständlichkeiten wahrgenommen werden können; die Gefahr des Scheiterns wird latent immer gesehen, und dieses Bewusstsein ist gerade für Kinder eine seelische Belastung, der sie in einer Normalfamilie nicht ausgesetzt sind. Gewiss können auch Normalfamilien scheitern, aber man rechnet eben nicht damit. Eine Patchworkfamilie ist für Kinder selbstverständlich besser als gar keine, aber sie ist naturgemäß eine Notlösung, und sie ist stärker gefährdet. Wer daher behauptet, es komme nicht darauf an, ob Kinder von ihren miteinander verheirateten leiblichen Eltern großgezogen würden oder nicht, weiß nicht, wovon er redet. Wer sie gar zum Normalfall erklärt, wer also die *Regel* aufhebt, propagiert den Zerfall der sozialen Institution „Familie“.

Ähnliches gilt für die Einbürgerung von Ausländern: Wer in ein Volk *hineingeboren* wird, empfindet dieses Volk ganz natürlich als sein eigenes. Was nicht unbedingt bedeutet, dass er es schätzt: Gerade unter Stammdeutschen ist ein staunenerregender nationaler Selbsthass verbreitet; speziell die Geschichte des Dritten Reiches ist für viele unserer Landsleute Grund genug, ein Leben lang in Sack und Asche zu gehen. Sie täten dies aber *nicht*, wenn sie dieses Volk nicht als ihr *eigenes*, die Verbrechen Hitlers nicht als die ihres *eigenen* Volkes ansehen würden. Unter eingebürgerten Ausländern, gleich welcher Herkunft, findet man diese Einstellung nie. Die Einbürgerung ist ein *Willensakt*, die Identifikation mit der neuen Nation ist es ebenfalls; sie mag im Einzelfall sehr intensiv und sehr ernsthaft *gewünscht* sein; dass sie aber überhaupt gewünscht werden muss, impliziert, dass sie keine Selbstverständlichkeit ist. Dass eine Nation, die überwiegend aus Eingebürgerten besteht, *nicht* dieselbe politische Bindekraft erzeugen kann wie eine, in der die Einbürgerung die Ausnahme ist und das Hineingeborenwerden die Regel, liegt auf der Hand. Sie ist sozusagen das politische Äquivalent einer Patchworkfamilie, nur *noch* gefährdeter.

Des Weiteren ist in der Tat nicht einzusehen, warum es einem Schwarzen nicht möglich sein sollte, Deutscher (oder Franzose, Pole, Norweger etc.) zu werden; die Deutschen sind schließlich ein *Volk*, keine Rasse.

Nur ist Rasse einer der Hauptkristallisationspunkte spontaner menschlicher Gruppenbildung, und dies nicht deshalb, weil rassistische Ideologen dies fordern. Es handelt sich vielmehr um ein Verhaltensmuster, das sich immer wieder von alleine herausbildet, und es gibt starke Indizien dafür, dass es zumindest als Potenzial angeboren ist. Haben sich aber erst einmal Wir-Gruppen auf der Basis rassistischer Gemeinsamkeiten herausgebildet, dann verstärken sich die jeweiligen Wahrnehmungen als Sie-Gruppen wechselseitig. Die Erfahrungen in Ländern wie den USA, wo auch

bald hundertfünfzig Jahre nach der Abschaffung der Sklaverei Weiße und Schwarze einander als Fremdgruppen wahrnehmen und behandeln, lehren, dass die soziale Rassentrennung allen Versuchen einer Integration trotzt. Gewiss kann man versuchen, ein übergreifendes „Wir“ ideologisch zu konstruieren, und dies wird in den USA auch versucht, hat aber einen paradoxen Effekt: Gerade *wenn* man unaufhörlich davon redet, dass „Rasse“ keine Rolle spiele, redet man eben dadurch ständig von „Rasse“. Es ist ungefähr so, als würde ich Sie auffordern, *nicht* an einen rosa Elefanten zu denken; woran denken Sie? Natürlich an einen rosa Elefanten, woran sonst?

Wer Rassismus geradezu züchten will, kann zu diesem Zweck nichts Besseres tun als eine vielrassige Gesellschaft zu schaffen, in der die fremde Hautfarbe nicht mehr als individuelle Äußerlichkeit abgetan wird (die als solche nicht bedeutender wäre als die Haar- oder Augenfarbe), sondern die Zugehörigkeit zu einer fremden ethnischen Gruppe markiert.

Der langen Rede kurzer Sinn: So richtig es ist, dass ein Schwarzer Deutscher sein kann, oder dass hunderttausend, meinetwegen auch fünfhunderttausend es werden können: Dies impliziert *nicht*, dass *unbegrenzt viele* es werden könnten, weil dadurch das Regel-Ausnahme-Verhältnis suspendiert würde und dies von einem gewissen Schwellwert an – von dem ich empirisch freilich nicht konkret sagen könnte, wie hoch er liegt – schwerwiegende Konsequenzen hätte: Dann setzen nämlich entlang rassischer Grenzen Gruppenbildungsprozesse mit dem Ergebnis ein, dass die Angehörigen unterschiedlicher Gruppen einander eben nicht als Angehörige desselben Volkes sehen, die einander als solche zur politischen Solidarität verpflichtet sind, sondern als Angehörige konkurrierender Stämme, auch wenn sie den Pass desselben Staates in der Tasche haben.

Patchworkfamilien zu akzeptieren, zwischen Eingebürgerten und Einheimischen nicht zu unterscheiden und Einwanderung nicht a priori von der Hautfarbe abhängig zu machen, ist *im Einzelfall* legitim, wie es auch die übrigen oben geschilderten Ausnahmen von der Regel sind. Solche Ausnahmen aber *zur Regel zu machen* oder gar jeden Begriff von Normalität über Bord zu werfen, weil das sonst „diskriminierend“ sei, ist Ausdruck einer Denkweise, die grundsätzlich ideologischen Kopfgeburten den Vorrang vor der Erfahrung von Jahrtausenden einräumt; die aufgrund einer abstrakten Idee, wie Gesellschaft funktionieren *soll*, ignorieren zu dürfen glaubt, wie sie tatsächlich *funktioniert*.

Das, was der gesunde Menschenverstand immer noch als normal ansieht, hätte nie zur Norm werden können, wenn diese Norm nicht jeweils eine soziale Funktion erfüllen würde, indem sie bestehende Solidaritätsstrukturen stärkt und das Verhalten von Menschen in eine sozial erwünschte Richtung drängt.

Regeln, Normen und Begriffe von Normalität sind die Grundlage geordneten und friedlichen menschlichen Zusammenlebens. Sie schließen das Abweichende nicht etwa aus, sondern stellen überhaupt erst den Rahmen bereit, innerhalb dessen Toleranz möglich ist. Eine stabile Gesellschaft kann sich Toleranz für das Abweichende leisten, eine gefährdete nicht.

Weil dies so ist, wird zum Beispiel Mangel an Patriotismus in Friedenszeiten eher toleriert als in Kriegszeiten, wird der Ruf nach strengeren Gesetzen umso lauter, je intensiver die Bedrohungswahrnehmung ist, nimmt Islamfeindlichkeit in Europa in dem Maße zu, wie die Islamisierung voranschreitet, ist Rassismus umso verbreiteter, je heterogener die Gesellschaft ist, ist die Abneigung gegenüber Sozialhilfebeziehern umso größer, je mehr es davon gibt und je teurer sie den Steuerzahler kommen. Umgekehrt formuliert *wird Toleranz umso bereitwilliger geübt, je weniger sie strapaziert wird*, und je weniger Anlass es gibt zu vermuten, dass man mit der eigenen Toleranz sich selbst, sein soziales Umfeld und sein eigenes Wohlergehen gefährdet. Toleranz ist kein absoluter Wert; sie ist etwas, was man sich leisten können muss.

Eine Toleranz, um derentwillen ihre Verfechter auch offensichtliche Gefährdungen des gesellschaftlichen Friedens in Kauf zu nehmen bereit sind; die ohne erkennbare Grenze immer weiter und weiter getrieben wird; die umso penetranter eingefordert wird, je mehr sie ohnehin schon strapaziert ist; die irgendwann nur noch mit den Mitteln von Meinungsterror und Zensur durchgesetzt werden kann, weil es zu viele Menschen gibt, die am eigenen Leibe die Konsequenzen einer ideologisch verordneten Regellosigkeit zu spüren bekommen; die bestimmte Gruppen von der Pflicht zur Rücksichtnahme entbindet und zu jeder erdenklichen Unverfrorenheit auf Kosten der Gesellschaft ermutigt (weil es ja „intolerant“ wäre, solche Unverfrorenheiten zurückzuweisen), eine solche Toleranz zerstört mit der Stabilität der Gesellschaft zugleich ihre eigenen Voraussetzungen.

<http://korrektheiten.com/2011/05/25/regel-und-ausnahme-die-dialektik-der-toleranz/>